

Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen

15.7.2026 - | Die Linke

Zu der Auswertung der Ersatzkassen, aus der hervorgeht, dass die Heimkosten im bundesweiten Schnitt monatlich 119 Euro mehr als zu Jahresbeginn und 256 Euro mehr als zum 1. Juli 2025 kosten, sagt Luigi Pantisano, Vorsitzender der Partei Die Linke:

„Pflegebedürftigkeit stürzt Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, in Altersarmut. 256 Euro Mehrkosten im Monat, das ist schon für viele Menschen im Arbeitsleben nicht so einfach zu stemmen. Von den nochmal niedrigeren Renten ist es umso schwerer.

Die enormen Kosten der Heimunterbringung sind ohnehin für Menschen mit normalen Einkommen kaum zu bezahlen. Die Ersparnisse eines normalen Arbeitslebens werden davon in wenigen Jahren aufgefressen. Die Menschen, die unser Land aufgebaut haben, fallen schnell von der Pflegeversicherung in die Sozialversicherung. Die Pflegeversicherung versagt dabei, Menschen gegen die finanzielle Belastung einer Pflegebedürftigkeit abzusichern.

Die Bundesregierung hat keinerlei Absicht, daran etwas zu ändern, im Gegenteil. Alternde Menschen werden von der Merz-Regierung nur als Kostenfaktor gesehen. Die angekündigte Pflegereform soll Geld sparen, indem die Hilfen weiter zurückgefahren werden. Die Merz-Regierung lässt die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen im Stich. Zusätzlich erschwert sie es Angehörigen, für ihr eigenes Alter vorzusorgen, indem sie sie stärker für die Pflegekosten ihrer Eltern in Haftung nimmt.

Die angekündigte Pflege-Reform ist kein Teil einer Lösung, sondern ein Teil des groß angelegten Sozialraubs der Merz-Regierung. Dagegen organisiert Die Linke bundesweit Sozialproteste. Denn die Kürzungen der Merz-Regierung sind nicht alternativlos.

Die Antwort auf die Finanzierungsprobleme in der Pflege heißt Pflege-Vollversicherung. Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, die wirklich gegen die Lebensrisiken absichert ist finanzierbar. Dafür müssen alle zahlen entsprechend ihrem gesamten Einkommen aus Löhnen, Honoraren, Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft. Damit können die Beiträge für Menschen unter rund 7.000 Euro Monatseinkommen sogar sinken.“

<https://www.die-linke.de/start/presse/detail/news/pflegebeduerftigkeit-darf-nicht-arm-machen>